Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 21. Sonnabend den 21. Januar 1888. 82. Jahrgang.

## Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
**Sonntag, den 22. Januar, Vormittags nur bis ½9 Uhr**
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Rathes und der Stadtverordneten werden zu einer **Mittwoch, den 25. lfd. Mts., Abends ½7 Uhr** im Sitzungssaale der Stadtverordneten behufs der Wahl der katholischen Gemeindevertreter für den katholischen Schulausschuß abzuhaltenden gemeinschaftlichen Sitzung hierdurch eingeladen.

Leipzig, den 14. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Deutschel.

### Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.

Die Sparcassen-Deputation.

### Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in dem Pferdestalle des Fuhrwerksbesitzers Otto Oskar Schlag hier, Brandvorwerkstraße 45, unter dessen Pferden die Rotzkrankheit ausgebrochen ist.

Leipzig, am 19. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. Dr. Georgi. Dr. Kretzschmar, Ass.

### Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, daß wir der auf dem südlichen Bebauungsplan die Bezeichnung Ia Straße führenden Straße, welche den neuen Schlachthof westlich begrenzt, den Namen „Altenburger Straße", und der Straße J, welche von der ersteren ab nach Westen und zwischen der Stein- und Scharnhorststraße sich hinzieht, den Namen „Hardenberg-Straße" beigelegt haben.

Leipzig, den 17. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 84. Dr. Georgi. Lohse.

### Bekanntmachung.

Am 18. Januar d. J. verstarb unser Armenpfleger
Herr **Karl Anton Falk**, Kohlenhändler.

Unser Armenwesen verliert in ihm einen Mann, welcher treu seines Amtes gewartet hat. Wir verfehlen nicht, dem nun Verewigten unseren Dank in das Jenseits nachzurufen für seine treue Mithilfe an dem uns gemeinsamen Werke.

Leipzig, den 19. Januar 1888.

Das Armendirectorium.
A. R. 68. Ludwig-Wolf. Artus.

### Gesucht

wird der am 25. Juli 1849 zu Tilsit geborene Schneidergeselle
**Julius Eduard Gustav Lange,**
welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, am 17. Januar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A.R. II. 132. Ludwig-Wolf. Poppe.

### Gewerbekammer — Leipzig.

**Montag, den 23. ds., Nachmittags 5 Uhr, öffentliche Plenarsitzung im Kammerlocale.**

Tagesordnung: Bericht des Finanz-Ausschusses über die Jahresrechnung für 1887 und den Haushaltplan für 1888.

Leipzig, den 20. Januar 1888.

D. A. Oehler, Vors. Herzog, S.

### Bekanntmachung.

Von der Gemeinde Lindenau soll sofort ein **Bauaufseher** mit einem Anfangsgehalte von 1200 ℳ einschließlich Bekleidungsgeld angestellt werden.

Geeignete, thunlichst praktisch erfahrene Bautechniker, welche sich um dieses Amt bewerben wollen, werden aufgefordert, Gesuche nebst Zeugnissen bis
**zum 25. Januar d. J.**
bei uns einzureichen.

Lindenau, am 20. Januar 1888.

Der Gemeinde-Rath.
Oerd, G.-V.

### Bekanntmachung.

Von der Gemeinde Lindenau soll sofort ein **Straßenwärter** mit einem Anfangsgehalte von 840 ℳ incl. Bekleidungsgeld angestellt werden.

Im Straßen- und Schleusenbau tüchtige und erfahrene Bewerber, welche sich um dieses Amt bewerben wollen, werden aufgefordert, Gesuche nebst Zeugnissen bis
**zum 25. Januar d. J.**
bei uns einzureichen.

Lindenau, am 20. Januar 1888.

Der Gemeinde-Rath.
Oerd, G.-V.

### Bekanntmachung.

Die hiesige Rathskellerwirthschaft soll in Folge Ablebens des früheren Inhabers auf die Zeit von 10 Jahren, vom 1. Mai lfd. Js. ab anderweit verpachtet werden.

Pachtlustigen werden auf Verlangen die Bedingungen zur Einsicht auf der hiesigen Rathsstube ausliegenden Pachtbedingungen gegen Erstattung der Schreibgebühr durch die Post übersendet.

Wurzen, am 3. Januar 1888.

Der Stadtrath.
Heinrich, Bürgermstr.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Stellung der Polen zur gegenwärtigen Krisis.

Ein Moment, das bisher nicht die entsprechende Beachtung gefunden hat, ist die Rolle, welche den Polen in einem Kriege zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zufallen würde. Die aus Lemberg kommende Nachricht, daß Graf Wielopolski daselbst sich aufgehalten habe, um mit dem dortigen Adel einen Gedankenaustausch über etwaige gemeinsame Schritte der Polen zu pflegen, lenkt die Aufmerksamkeit auf diesen Punct, gleichviel, ob die Nachricht abgeleugnet wird, was sehr wahrscheinlich ist, oder nicht. Wielopolski soll überall den Bescheid erhalten haben, daß die galizischen Polen unter den gegenwärtigen Verhältnissen an dem Ausbruch eines Krieges kein Interesse haben und daher ihre Mitwirkung bei vorbereitenden geheimen Schritten ihrer Landsleute außerhalb Oesterreichs versagen müßten. Im Zusammenhang mit dieser Nachricht steht die Haltung der polnischen Blätter Galiziens, welche eine starke Abneigung gegen alle abenteuerlichen Schritte zur Schau tragen und die Polen ermahnen, in der gegenwärtigen kritischen Lage kaltes Blut zu bewahren. Als Grund dieser Mahnungen wird angegeben, daß in Warschau gedruckte, mit polnischen und österreichischen Wappen versehene Aufrufe verbreitet werden, in welchen die Polen aufgefordert werden, sich im Kriegsfalle gegen Rußland zu erheben.

Wenn die Polen Galiziens auf diesen Köder anbissen, dann wäre allerdings die Gefahr des Krieges sehr viel näher gerückt, und die leitenden polnischen Blätter dieser österreichischen Provinz thun sehr wohl daran, ihre Landsleute vor unbedachten Schritten zu warnen. Eine Ausnahme von den polnischen Blättern Galiziens in dieser Beziehung macht die verhältnißmäßig unbekannte „Reforma" in Krakau, welche die gegenwärtige Verwickelung als eine Folge der Theilung Polens erklärt. Das Ziel eines österreichisch-russischen Krieges muß nach der Ansicht der „Reforma" die Zurückdrängung Rußlands bis hinter den Dniepr sein, um dasselbe von Europa abzugrenzen und seiner Eigenschaft als europäischer Macht zu entkleiden.

Es ist nicht zu verkennen, daß seit einiger Zeit eine erhöhte Regsamkeit des nationalen Lebens der Polen zu beobachten ist. Anzeichen davon sind auch letzthin in den polnischen Landestheilen des Königreichs Preußen hervorgetreten und in diesem Sinne verdient die neuliche Kundgebung beim Erzbischof Dinder volle Beachtung. Auch bei diesem Anlaß trat das Streben der Abordnung hervor, das ehemalige Königreich Polen noch heute als ein zusammengehöriges Ganzes in die Erscheinung treten zu lassen. Die Polen, welche dem Erzbischof Dinder ihre Beschwerden wegen Beseitigung der polnischen Sprache aus den Volksschulen der polnischen Landestheile Preußens vorbrachten, führten sich durch ihren Sprecher Jackowski ausdrücklich als die Vertreter Großpolens ein, das von jeher in dem Erzbischof von Posen-Gnesen seinen Vater, das heißt sein nationales Oberhaupt, erblickt habe. Die Kundgebung hatte offenbar eine größere Tragweite, als sie nach dem ausgesprochenen Zweck zu haben schien, sie war zugleich ein Sammelruf, der auf Widerhall in Warschau und Lemberg berechnet war und diesen auch gewiß gefunden hat.

Es ist bekannt, daß die Polen Galiziens mit ihrem Loose zufriedener sind als ihre Landsleute in Russisch- und Preußisch-Polen und daß sie auch alle Ursache dazu haben, weil ihnen nationale Befugnisse eingeräumt sind, welche ihnen ein Sonderdasein innerhalb der österreichischen Staatsgemeinschaft gewährleisten. Das macht sie unempfindlicher gegen die nationalen Beklemmungen ihrer Stammesgenossen in Rußland und Preußen. Die staatliche Organisation Preußens läßt ein solches Sonderdasein auf die Dauer nicht zu, und deshalb hat die preußische Regierung mit Rücksicht auf die während des Culturkampfes gemachten Erfahrungen die Nothwendigkeit erkannt, die Germanisirung der polnischen Landestheile energisch durchzuführen. Die Frucht der bisherigen Politik des Gewährenlassens hat Zustände gezeitigt, welche das Colonisationsgesetz und eine Reihe anderer Maßregeln hervorgerufen haben, und wenn jetzt die Ausschließung der polnischen Sprache als Unterrichtsgegenstand der Volksschule lebhaften Widerspruch der Polen hervorruft, so ist das nur ein Zeugniß für die Nothwendigkeit der Maßregel. Preußen kann in seinem Staatsverbande nicht Bestrebungen dulden, welche auf die Wiederherstellung des Königreichs Polen berechnet sind, die preußischen Staatsbürger polnischer Nationalität sind ebenso gut deutsche Reichsbürger wie die Wenden im Spreewalde und in anderen Theilen Deutschlands, die polnischen Soldaten haben rühmlichen Antheil an den Schlachten genommen, durch welche die deutsche Einheit erkämpft worden ist, sie haben volle Gemeinschaft an allen Rechten und Pflichten der deutschen Reichsbürger, und deshalb müssen sie auf Hoffnungen Verzicht leisten, deren Erfüllung nur die Auflösung des deutschen Reiches bringen könnte.

In Russisch-Polen ist jüngst eine nihilistische Verschwörung entdeckt und ihr Ausbruch rechtzeitig verhindert worden. Der Nihilismus ist keine polnische Eigenthümlichkeit, er erstreckt seine Wirksamkeit bis zu den donischen Kosacken, und seine Vertreter sind ebenso in Odessa und Charkow, wie in Kiew und Warschau zu finden, aber revolutionaire Kundgebungen sind im Königreich Polen besonders gefährlich, weil dieses Gebiet die Grenze bildet gegen das verhaßte Deutschland und Oesterreich. Die große Aufmerksamkeit, welche die russische Heeresleitung dem Königreich Polen in militairischer Beziehung widmet, ist nicht allein verursacht durch Gründe der auswärtigen Politik, sondern sie ist auch dictirt durch die Gefahren, welche die polnisch-nationalen Bestrebungen dem russischen Reiche bringen. Die Nothwendigkeit, Polen militairisch in Schach zu halten, ist auch nach Niederwerfung des letzten polnischen Aufstandes im Jahre 1863 noch nicht beseitigt, das Königreich Polen gilt auch heute noch für Rußland als ein erst halberobertes Gebiet, welchem durch die erprobtesten Generale stets die Gewalt in schroffster Form gegenwärtig zu halten ist, falls Neigung vorhanden sein sollte, sich dagegen aufzulehnen.

Ein Krieg Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn und dessen Verbündete würde zugleich eine Probe auf die Wirksamkeit der Russificirungsbestrebungen im Königreich Polen sein. Die Polen würden diesen Krieg als den Ruf zur Wiederaufrichtung ihres verlorenen staatlichen Daseins betrachten und die Besiegung Rußlands würde zugleich als ein Sieg des Polenthums gefeiert werden. Es ist klar, daß Rußland den Polen, welche im Grenzlande wohnen, nicht die Entscheidung in dem Kriege überlassen würde, und deshalb ist es schon jetzt bemüht, nach Polen national-russische Truppen aus dem Innern Rußlands zu werfen und sogar den bewährten kaukasischen Regimentern ihre Garnisonen an der Westgrenze anzuweisen, aber die Bevölkerung des Königreichs Polen bleibt polnisch, und sie würde diesen ihren Charakter im Kriege sicherlich zum Schaden Rußlands an den Tag legen. Ein volles Jahrhundert hat noch nicht hingereicht, die polnische Frage zu lösen; drei blutige Aufstände liegen bereits hinter uns, und es scheint, daß es auch noch eines vierten bedürfen wird, um die Entnationalisirung und die volle Verschmelzung der Polen mit den Staaten, welchen sie jetzt einverleibt sind, zu vollenden. Für Rußland ist die Polenfrage am ernstesten und das ist vielleicht nicht der letzte Grund, welcher die russische Regierung vor dem Wagniß eines Krieges zurückscheuen läßt.

### Leipzig, 21. Januar 1888.

* Zum Schutze der Fischerei in der **Nordsee** ist in diesem Jahre, wie schon erwähnt, die Kreuzercorvette „**Victoria**" bestimmt. Die mehrfachen Verstöße, welche sich englische Fischerfahrzeuge in den letzten Jahren gegen die Bestimmungen der internationalen Convention haben zu Schulden kommen lassen, sind vielleicht, wie aus **Wilhelmshaven** geschrieben wird, entscheidend für die Wahl eines größeren Respect einflößenden Schiffes gewesen, welches durch sein bloßes Erscheinen auf den Fischgründen schon zur Befolgung der Vorschriften seitens der Fischerfahrzeuge zwingen wird. Jedenfalls wird Deutschland aber von allen Nationen in der Corvette „Victoria" das größte Schiff zum Schutze der Nordseefischerei stellen. Die „Victoria" ist, wie das verschollene Schwesterschiff „Augusta", französischen Ursprungs und wurde, ursprünglich für die nordamerikanische Regierung bestimmt, im Jahre 1864 während des deutsch-dänischen Krieges von der preußischen Regierung in Bordeaux angekauft. Als actives Kriegsschiff kann die „Victoria" zwar keine Verwendung mehr finden, ist aber dennoch, soweit es sich mit dem Alter des Schiffes vereinbaren ließ, auf der Höhe gehalten worden und kann noch lange Jahre seinen Zweck erfüllen. Das Deplacement der „Victoria" beträgt 1825 T., die Maschinenstärke 1300 Pferdekräfte, die Geschützzahl 10 und der Besatzungsetat 238 Mann. Gleichzeitig wird mit der Indienststellung dieser Corvette der praktische Zweck verfolgt, daß ein Theil des Maschinenpersonals seine Ausbildung an Bord derselben erfährt.

* Die gesammte „**Freisinns"-Presse**" ist bekanntlich „**entrüstet**" über die in der Novelle zu dem Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie gemachten Vorschläge. Charakteristisch für diese Entrüstung ist, daß die „freisinnigen" Kreise selbst ganz anders über ähnliche Vorschläge dachten, als solche während des Culturkampfes als Abwehrmittel auftauchten. Ein gewiß gut fortschrittlicher Geschichtsschreiber, der jetzige „freisinnige" Reichstags-Abgeordnete für Bremen, Professor Konstantin Bulle, schreibt nämlich im 4. Bande seiner Geschichte der neuesten Zeit, Seite 40, Folgendes:

„Schuf die Einführung der Civilehe einen Ersatz für die vieler Orten mangelnde Thätigkeit katholischer Geistlicher, so schien es aber weiter auch nöthig, den nicht anerkannten, ungesetzlich ernannten oder vom Staate abgesetzten Bischöfen und Priestern wirksamer als bisher entgegenzutreten. Das mildeste dazu ausreichende Mittel war die Entfernung derselben aus ihren Diöcesen bezw. Gemeinden, die Internirung an bestimmten Orten und schlimmstenfalls die Ausweisung aus dem Bundesgebiete. Die letztere wurde in dem Gesetze, welches der Bundesrath auf Antrag Preußens dem Reichstage vorlegte, in der Weise herbeigeführt, daß ein Geistlicher, welcher den ihm angewiesenen Aufenthaltsort verlasse, der Staatsangehörigkeit verlustig gehen sollte, wodurch die Landesregierung das Recht erhielt, ihn als einen Ausländer auszuweisen. Gewiß hatte Peter Reichensperger nicht ganz unrecht, wenn er meinte, diese Vorlage würde noch vor wenigen Jahren jeden echten Liberalen zum Zorn gemacht haben, die Karlsbader Beschlüsse seien im Vergleich mit diesem Gesetze Zwergenarbeit gewesen. Allein man konnte ihm erwidern, daß es kein anderes Mittel gebe, die Staatsordnung aufrecht zu erhalten, und daß scharf geschnittene Wunden leichter heilen würden als die mit stumpfen Instrumenten beigebrachten. Selbst aus dem Schooße der Fortschrittspartei wurde der Gesetzentwurf warm unterstützt und endlich am 25. April 1874 mit 214 gegen 108 Stimmen angenommen."

* Nach einer Meldung der „Landeszeitung" aus Straßburg haben im Laufe der letzten Tage an verschiedenen Orten im Elsaß Haussuchungen stattgefunden. Im Zusammenhange damit steht die Verhaftung des Hilfsschreibers Dietz vom technischen Eisenbahnbetriebsbureau in Straßburg, sowie der Ehefrau desselben, ferner des Sohnes des Brauereibesitzers Wagner in Mutzig wegen Verdachts des Landesverraths. Die „Straßburger Post" erfährt noch, daß Dietz, der Vater von neun Kindern ist, ein Geständniß abgelegt hat. Er soll die im Bereich der elsaß-lothringischen Bahnen für den Fall einer Mobilmachung getroffenen Maßregeln, wie Militairfahrpläne u. s. w., gegen Geldentschädigung an Frankreich verrathen haben. — Zur Sache meldet das Wolff'sche Bureau:

* Straßburg i. E., 19. Januar. Gestern Abend 8½ Uhr wurde der Instrumentenmacher Karl Streibauth auf dem hiesigen Bahnhofe bei der Rückkehr aus seiner Geschäftsfiliale in Nancy verhaftet. Der „Straßburger Post" zufolge ist ebenfalls gestern Abend der hiesige Vertreter der französischen Ostbahn, Speckel, in Deutsch-Avricourt auf der Reise nach Paris in Haft genommen und hierher zurückgebracht worden. Beide Verhaftungen sollen mit der Untersuchung gegen den Hilfsschreiber Dietz wegen Landesverraths in Verbindung stehen.

* Straßburg i. E., 19. Januar. Die Meldung, daß der hiesige Vertreter der französischen Ostbahn, Speckel, verhaftet worden sei, ist unrichtig.

Die „Allgemeine Zeitung" berichtet:

* Straßburg, 18. Januar. Nachdem schon seit mehreren Tagen hier, in Mutzig, Niederich u. s. w. Haussuchungen durch die Staatsanwaltschaft vorgenommen worden waren, erfolgte die Verhaftung des Eisenbahndiätars Dietz und der Frau desselben dahier und eines gewissen Wagner von Mutzig, Sohn eines dortigen Bierbrauers. Dietz soll im Verdacht stehen, die Bahnreglements für die Mobilmachung, Militairfahrpläne u. s. w. an Frankreich ausgeliefert zu haben. Das Gerücht, daß Dietz bereits gestanden habe, ist verfrüht. Dietz und dessen Frau sind in Bayern beheimathet. Wagner ist verdächtig, für Frankreich bestimmte Berichte über die Grenze befördert zu haben. Man erwartet weitere Verhaftungen.

* * *

* Der czechisch gesinnte Feudaladel Böhmens ist verstimmt. Auch er hat die Dankbarkeit des czechischen Volkes zu kosten bekommen. Wie stünde es denn heute um die ganze czechoslawische Herrlichkeit, hätte der Feudaladel, dessen Verbindungen bis zur Krone reichen, sie nicht sorgfältig großgezogen? Aber das czechische Kind ist erstarkt und ballt die Hände gegen seine Ernährer. Man hatte dem Großgrundbesitz in Böhmen ursprünglich eine hohe politische Parteistellung zugedacht. Er sollte ein Mittelglied zwischen Deutschen und Czechen werden. Seit er sich aber gänzlich auf die czechische Seite geschlagen hat, verlangt das czechische Volk von ihm in jedem Falle als Pflicht, was es selbst für seine Zukunftspläne als nothwendig erachtet. Als dieser Tage im böhmischen Landtage der jungczechische Antrag Vaschaty verhandelt wurde, der unter der Forderung einer Gleichberechtigung der Sprachen die czechische Sprache gewissermaßen als Staatssprache behandelt sehen will, und als diese in einem einheitlichen Oesterreich unmögliche Forderung vom Großgrundbesitz schweigend abgelehnt wurde, da erhob sich, wie bekannt, ein großer Lärm in der Landtagsstube. Gregr und Vaschaty ballten die Fäuste, von den Galerien schrie man: Schmach dem Hochadel! und die Galerien mußten geräumt werden; und auch in den altczechischen Organen mußte dieser Adel sich abkanzeln lassen. Das aber ist eine gerechte Vergeltung. Wenn der sogenannte czechische Großgrundbesitz jemals seine Aufgabe als politischer Mittler verstanden hätte, so wäre Manches in Böhmen nicht geschehen. Der Adel war es, der seine Verbindungen, insbesondere jene mit der Geistlichkeit, ausnützte, um die nationalczechische Bewegung zu voller Kraft zu entfalten. Was ist ihm der Gesammtdank? Die verhaßten Gegner wollten sie stürzen und obenauf wollen sie heute bleiben. So wie sie ihre Erfolge nur mit Hilfe des Czechenthums erreichen konnten, so können diese auch nur mit derselben Hilfe festgehalten werden. Die Jungczechen werden bei jeder Widerspänstigkeit des Hochadels nach der Peitsche greifen. Ebenso werden auch die Altczechen von Zeit zu Zeit den Versuch machen, sich wider die Gregr und Vaschaty zu stellen. Die treibende Feder in dem ganzen Uhrwerk der czechischen Bewegung in Böhmen bleiben die Jungczechen, die das Volk regieren. So mußten sich denn auch Rieger und „Politik" bequemen, die Forderungen der Jungczechen gut zu heißen und den Antrag Vaschaty zu dem ihrigen zu machen. So war es und so wird es immer sein, so lange die Czechen im böhmischen Landtage die alleinigen Herren sind und ihnen die Deutschen daselbst nicht als ein gleichberechtigter und, was das Wichtigere ist, als ein gleichmächtiger Factor gegenüberstehen.

* Jubel- und Trauerklänge zugleich schlagen die slowenischen Blätter an. Sie triumphiren über eine neue Concession seitens des Justizministers, des Czechen Prazak. Derselbe verfügte auf Drängen der slowenischen Abgeordneten, daß Sectionsrath Levicnik als Personalreferent für Untersteiermark im Justizministerium alle Justizbeamte, die sich ihm vorstellen, der mündlichen und schriftlichen Prüfung im Slowenischen zu unterziehen habe. — Also soll es in Untersteiermark allgemach ähnlich werden, wie es heute in Böhmen geworden ist. Die slowenischen Beamten können sämmtlich deutsch, eine slowenische Schriftsprache gab es da vor drei Jahrzehnten noch nicht. — Die Deutschen verstehen natürlich nicht slowenisch, da in Steiermark bis vor wenigen Jahren nur Deutsch die Amtssprache war. Eine Verdrängung der Deutschen, eine Heranziehung slowenischer Beamten wird die Folge sein. Zugleich berichten die slowenischen Blätter eine Trauermeldung. Einer der slowenischen Führer, der Hauptgründer der slowenischen Schriftsprache, der Hauptagitator der Slowenen in Kärnten, Pater Andreas Einspieler, ist am 16. d. in Klagenfurt gestorben. Er war, wiewohl selbst deutscher Abstammung, einer der leidenschaftlichsten Gegner des Deutschthums. Als es galt, den Slowenen, deren Wortschatz nur wenige hundert Vulgärausdrücke betrug, eine Sprache zu schaffen, stand Einspieler mit Feuereifer in vorderster Reihe. Man entnahm der czechischen, der kroatischen, der russischen Sprache Wortstämme, mengte Alles zu einem neuen Brei und zwang die Gebildeteren der Nation, dies neue Sprachkunstwerk sich anzueignen. Das eigentliche Volk, der Bauer, der Kleinbürger, versteht dies Gemengsel heute noch nicht. Aber was thut's? Es war Anlaß zur Gründung slowenischer Schulen da und nunmehr giebt es sogar slowenische Zeitungen. — Den Pater Einspieler trifft auch die Hauptschuld daran, wenn in das bisher nicht gestörte Einvernehmen zwischen der deutschen Mehrheit und der geringen Minderheit der Slowenen in Kärnten sich Mißtrauen festgesetzt hat. Willig eigneten sich diese Slowenen bisher deutsche Sprache und Cultur an und fuhren wohl dabei. Jetzt soll es anders werden.

* Während von einer Seite behauptet wird, alle Nachrichten über die Entdeckung einer Verschwörung gegen den Kaiser von Rußland und die Verhaftung von Officieren seien erfunden, wird von anderer Seite versichert, daß die Meldung über die Verhaftung von Officieren sich vollkommen bestätige. Die Officiere gehören nicht der Garde an, sondern seien nach Petersburg commandirte Officiere der Armee. In ihrer an der Moika gelegenen Wohnung sei neben sehr compromittirenden Briefen auch Dynamit gefunden worden. Gerüchtweise verlautet, im Narwa'schen Stadttheile wäre ein ganzes Polizeibureau als politisch verdächtig aufgehoben und Alle seien arretirt worden. Dies stehe Alles in Verbindung mit der jüngst gemeldeten Arretirung eines Feldschers.

* Zu dem Florentiner Streitfalle wird noch gemeldet:

* Paris, 18. Januar. („Kölnische Zeitung".) Crispi, der „Kobold Bismarck's", ist heute das Stichwort in den Erörterungen über die neueste Wendung in dem Streit zwischen Consul und Prätor in Florenz. Die sonst gemäßigte „Liberté" prunkt mit ihrer Sehergabe: was sie lange vorausgesagt, sei eingetreten, Bismarck schicke Italien als Vortrab Deutschlands gegen Frankreich ins Feuer. Bezeichnend ist, wie sorgfältig die französische Presse immer noch dem von italienischen Blättern klar dargelegten Sachverhalt, auf dem allein die Verständigung sich aufbauen kann, aus dem Wege geht, und das scheint mit Absicht zu geschehen, denn die „Liberté" warnt davor, die tunesische Frage in den Streit hineinzuziehen, obgleich dieselbe darin naturgemäß eine große Rolle spielen muß, weil die italienische Auffassung sich vor Allem auf das Abkommen vom Jahre 1884 stützt. Man müsse sich, so lautet die französische Forderung, einfach darauf beschränken, die Frankreich „schuldige" Genugthuung zu verlangen, und man solle diese Forderung nöthigenfalls mit der Ausweisung sämmtlicher Italiener aus Frankreich unterstützen. Man reitet indessen nicht schneller, als die Rosse laufen, und ich habe Grund, anzunehmen, daß die beiden betheiligten Diplomaten die Zügel noch recht fest im Zügel haben. Wenn ich recht berichtet bin, gab nämlich der italienische Botschafter Menabrea bei dem heutigen diplomatischen Empfang Flourens die friedfertigsten Versicherungen und theilte mit, daß dem Richter Tofini wegen seiner neuen Drohung gegen den französischen Consul abermals ein Verweis ertheilt sei. Erwähnung verdient die Haltung der royalistischen Presse in dem Zwischenfall. Sie wirft den Republikanern vor, daß Napoleon III. bei der Einigung Italiens mitgewirkt und dabei die Ueberlieferung der Politik Frankreichs verleugnet habe, welche den